

Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Ist die Flasche nun zu einem Drittel leer – oder ist sie zu zwei Dritteln voll?

von Karl Brenke und Klaus F. Zimmermann

In diesem Jahr jährt sich der Fall der Mauer zum zwanzigsten Mal. Die DDR war aufgrund der friedlichen Revolution implodiert und fiel danach innerhalb weniger Monate wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Für die Wirtschaftswissenschaft war die Deutsche Einheit ein historisch einmaliges Ereignis. Gegen nahezu allen ökonomischen Rat kam es zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, sodass über Nacht die ohnehin schon marode Wirtschaft der DDR den Schutz des Wechselkurses – der letztlich das Spiegelbild der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist – verlor. Die Produktion brach entsprechend massiv ein, weil ein großer Teil der Betriebe unter den veränderten Rahmenbedingungen und bei offenen Märkten der Konkurrenz aus dem Westen hoffnungslos unterlegen war. Die anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks konnten dagegen schrittweise die Transformation von einer Plan- in eine Marktwirtschaft vollziehen. Ökonomisch singular ist es ebenfalls, dass in der DDR beziehungsweise in Ostdeutschland die Löhne und Sozialtransfers in der Wendezeit rasant stiegen, die Wirtschaftsleistung aber stark zurückging. Für sich genommen hätte das in einer Hyperinflation münden müssen. Diese trat aber nicht ein, da es die Bindung an die D-Mark und mithin an die wirtschaftlich starke Bundesrepublik gab. In manchen anderen Transformationsländern gab es indes enorme Preissteigerungsraten – nicht nur wegen wirtschaftlich „ungedeckter“ Anhebungen der Masseneinkommen, sondern auch wegen des Abbaus staatlicher Subventionen auf Güter des privaten Verbrauchs.

Inzwischen ist der Aufbau Ost mehr und mehr in den Hintergrund des Interesses der Wirtschaftswissenschaft gerückt – auch bei den Medien und generell in der Öffentlichkeit ist das der Fall. Das kann man seismologisch ziemlich genau anhand der Anfragen orten, die bei einem wirtschaftswissenschaftlichem Institut wie dem DIW Berlin im Zeitverlauf eingehen. Früher waren die Anfragen zunächst enorm zahlreich, dann noch häufig, und jetzt eher selten. Es scheint inzwischen eher so zu sein, dass diesbezügliche Anfragen aus dem Ausland – insbesondere aus Südkorea – mittlerweile in größerer Zahl vorkommen als solche aus dem wiedervereinigten Deutschland.

Man könnte danach fast meinen, dass 20 Jahre nach dem Fall der Mauer hierzulande eine gewisse Gleichgültigkeit mit Blick auf die wirtschaftlichen Aspekte der deutschen Einheit eingetreten ist. So ist das aber wohl nicht. Denn fast gebetsmühlenartig wird immer wieder der wirtschaftliche Rückstand der neuen Bundesländer beklagt, was oftmals nur die Einleitung für eine Forderung an die Politik darstellt, mehr finanzielle Unterstützung für die neuen Bundesländer bereitzustellen. Beispielsweise geht es aktuell um den drohenden Konkurs der ostdeutschen Werften, denen gerade mit staatlichen Bürgschaften in

Höhe von immerhin 190 Millionen Euro unter die Arme gegriffen wurde. Der ostdeutsche Schiffbau wurde allerdings bereits seit der Wende mit mehr als einer Million Euro pro heute noch bestehendem Arbeitsplatz (insgesamt sind es ungefähr noch 2 500 Arbeitsplätze) subventioniert.

Wo steht Ostdeutschland heute? Je Einwohner gerechnet kommen die neuen Bundesländer mit Berlin auf etwa 70 Prozent der Wirtschaftsleistung Westdeutschlands. Wählt man die Perspektive, nach der Ostdeutschland – wie von der Politik versprochen und von der Bevölkerung der DDR erwartet – rasch zur Leistungsfähigkeit der alten Bundesländer aufzuschließen hat, dann ist das Ergebnis enttäuschend.

Bei den permanenten Ost-West-Vergleichen gerät allerdings in aller Regel aus dem Blick, dass die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten unter den Regionen nicht gleich verteilt sind. Sie hängen von Faktoren ab, die politisch kaum oder allenfalls langfristig zu beeinflussen sind. Dazu gehören industrielle Traditionen. Ob in einem Landstrich ein über viele Jahre geronnenes Know-how beispielsweise in Form qualifizierter Arbeitskräfte vorhanden ist und es dort Hochschulen gibt, die für moderne Produktionen förderlich sind, macht einen entscheidenden Unterschied. Es gibt in den neuen Bundesländern solche Regionen – es sind aber wenige, und sie konzentrieren sich weitgehend im Süden. Bei einem Blick auf die Landkarte zeigen sich viele dünn besiedelte Flächen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Diese Landstriche waren schon immer wirtschaftlich schwach – ansonsten wären sie nicht dünn besiedelt. Solche raumstrukturellen Unterschiede finden sich freilich auch in den alten Bundesländern genauso wie in anderen Industriestaaten.

Das vorliegende Vierteljahrsheft lässt den Umbruch in der Wendezeit Revue passieren, setzt sich mit der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern auseinander und zieht eine Bilanz des bisherigen Anpassungsprozesses. Der damalige und heutige Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* – maßgeblich an den Verhandlungen über die Verträge zur deutschen Einheit beteiligt – zeigt auf, unter welchem Druck die Bundesregierung angesichts der enormen Abwanderungen aus der DDR stand – zumal sie den Keim einer politischen Destabilisierung in sich bargen. Zudem wird auf die Diskussionen in der Bundesrepublik verwiesen, wo manche Politiker die DDR-Bürger als Deutsche zweiter Klasse einordnen wollten – was den Vereinigungsprozess gewiss nicht gefördert hätte. Außenpolitisch betrachtet schien es damals nur ein sehr enges Zeitfenster für die Aufhebung der Teilung zu geben. *Karl Brenke* teilt die Ansicht, dass es zur Währungsunion keine politische Alternative gab – sie in ökonomischer Hinsicht aber katastrophal wirkte, weil dadurch der Wirtschaftsbasis der DDR völlig der Boden entzogen wurde. Sie sei aber nur der Todesstoß für eine Ökonomie gewesen, die schon zuvor weitgehend heruntergewirtschaftet war, weil der Konsum höher bewertet wurde als die Leistungsfähigkeit. Der Aufsatz setzt einen Kontrapunkt gegen die Legende, dass die DDR-Wirtschaft grundsätzlich funktionsfähig war und erst durch die Privatisierung ins Straucheln kam.

Karl-Heinz Paqué geht den Gründen nach, warum die ostdeutsche Wirtschaft weiterhin bei der Produktivität hinter den alten Bundesländern hinterherhinkt. Theoretisch abgeleitet kommt er zu dem Befund, dass es insbesondere an der Innovationsfähigkeit mangelt. Empirisch werden dafür zahlreiche Belege angeführt. *Alexander Eickelpasch* widmet sich im Speziellen den Innovationen – insbesondere solchen im Rahmen der öffentlichen Förderung. Dessen Befunde bestätigen die These von der geringen Innovationstätigkeit. Verwiesen wird aber auch auf Pluspunkte bei der Forschung außerhalb der privaten Wirt-

schaft – also in den Universitäten und in anderen Forschungseinrichtungen, die staatlich gefördert werden.

Florian Zinsmeister fragt danach, wie sich die Aufwendungen für den Aufbau Ost in den öffentlichen Haushalten niedergeschlagen haben. Die Untersuchung erweist sich als ein Puzzlespiel, denn über die Einrichtung diverser Fonds sowie deren Auflösung sind die Belastungen für die öffentliche Hand schwer nachzuweisen. Überdies geben die einschlägigen Finanzstatistiken nur über einen Teil der Belastungen Auskunft – außen vor bleiben insbesondere die Transfers der Sozialversicherungen. *Joachim Ragnitz* weist angesichts der demografischen Entwicklung in Ostdeutschland auf deren Konsequenzen hin. Er beschränkt sich dabei nicht nur auf den bisherigen Focus der Politik, die die Schrumpfung und Alterung der ostdeutschen Gesellschaft vor allem hinsichtlich der Infrastruktur bewertet. Vielmehr wird der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang berücksichtigt – mit dem Ergebnis, dass die wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten in den neuen Bundesländern immer mehr eingeschränkt sind, weil Fachkräfte immer knapper werden. *Jan Goebel, Roland Habich und Peter Krause* informieren über die Entwicklung der Haushaltseinkommen in Ostdeutschland. So kam es in den 90er Jahren – insbesondere in deren erster Hälfte – zu einer raschen Angleichung zwischen Ost und West. In diesem Jahrzehnt hat sich dieser Prozess aber nicht mehr fortgesetzt. Zudem zeigt sich, dass – wenig verwunderlich – die Bürger in den neuen Bundesländern mit ihren Einkommen weniger zufrieden sind als jene in Westdeutschland. Überdies: Nicht wenige Ostdeutsche fühlen sich zurückgesetzt, wenn es um die Teilhabe am allgemeinen Wohlstand geht. *Karl Brenke und Klaus F. Zimmermann* skizzieren die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern ab dem Beginn der Umstrukturierung – wobei sowohl die Wirtschaftsleistung wie die Entwicklung der persönlichen Einkommen in die Betrachtung einfließen. Immer noch ist Ostdeutschland wirtschaftlich nicht allein lebensfähig. Bei einer Regionalbetrachtung zeigt sich, dass die ökonomischen Rückstände der neuen Bundesländer auch mit deren raumstrukturellen Besonderheiten zusammenhängen.

Wenn man bedenkt, dass die Wirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vor 20 Jahren weitgehend kollabiert war und Ostdeutschland inzwischen zwei Drittel der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung einer der wettbewerbsfähigsten Nationalökonomien der Welt erreicht, dann kann die Antwort auf die eingangs gestellte Frage nur lauten: Die Flasche ist zu zwei Dritteln voll. Wie sich rückblickend zeigt, haben sich die damals gehegten Hoffnungen auf eine rasche Ost-West-Angleichung als Illusionen erwiesen. Gewiss wurden nach Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und dem Deutschen Einigungsvertrag zahlreiche Fehler gemacht, die man im Nachhinein trefflich beklagen kann. Aber handelte es sich dabei um Fehler grundsätzlicher Art? Niemand hat bisher solche aufgezeigt. Gewiss wäre der Anpassungsprozess dadurch befördert worden, wenn Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten eine größere wirtschaftliche Dynamik entfaltet hätte. Warum das nicht der Fall war, ist aber ein anderes Thema. Und wahrscheinlich haben die Belastungen durch den Aufbau Ost dazu beigetragen, dass die Bundesrepublik beim Wachstumstempo hinter anderen Industriestaaten zurückblieb.